

17. Geschäftsbericht 2002



Aktion für eine unabhängige
und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse
indépendante et neutre
Azione per una Svizzera
neutrale e indipendente

Adresse Geschäftsstelle:
AUNS, Postfach 218
CH-3000 Bern 16
Telefon: 031 356 27 27
Fax: 031 356 27 28
Internet: <http://www.auns.ch>
E-Mail: auns@auns.ch
PC-Konto: 30-10011-5

Vorstand – Comité directeur – Comitato direttivo (Stand: 31.12.2002)

Präsident / Président / Presidente

Blocher Christoph, Industrieller, Nationalrat, Fuederholzstr. 34, 8704 Herrliberg

Vizepräsidenten / Vice-Présidents / Vicepresidenti

Eisenring Paul, Dr. iur., a. Nationalrat, 8037 Zürich

Miesch Christian, Unternehmer, a. Nationalrat, 4425 Titterten/BL

Cipolla Jean-Dominique, notaire, 1920 Martigny/VS

Mitglieder / Membres / Membri

Ammann Gabriela, dipl. Krankenschwester, 3006 Bern

Anderegg Norberto, Instruktor Sicherheitsdienste, 6830 Chiasso/TI

Bertinat Eric, secrétaire UDC Genève, 1637 Charmey/FR

Bischoff Hans, Architekt FSAI/SIA, 3095 Spiegel/BE

Etter Hans, Grossrat, 3052 Zollikofen/BE

Geninasca Charles, economiste, 1276 Gingins/VD

Graf Hans-Ulrich, Dr. iur., alt Nationalrat, 8180 Bülach/ZH

Reimann Lukas, Jus-Student, 9500 Wil/SG

Scheidegger René, administrateur, 1470 Estavayer-le-Lac/FR

Schmid Christian, Generalagent, 3283 Niederried bei Kallnach/BE

Stamm Luzi, Rechtsanwalt, Nationalrat, 5405 Baden/AG

Surber-Devoto Conrado A., dipl. ing. ETH, lic. oec. publ., 8200 Schaffhausen

Syz Rudolf, Unternehmer, 4422 Arisdorf/BL

Revisor / Vérificateur / Verificatore

Fischer Theo, Notar, alt Nationalrat, 5607 Hägglingen/AG

Geschäftsstelle / Secrétariat central / Segretariato centrale

Thunstrasse 113, Postfach 218, CH-3000 Bern 16

Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28; E-Mail: auns@auns.ch

PC-Konto: 30-10011-5; Internet: <http://www.auns.ch>

Geschäftsführer: Hans Fehr, Nationalrat

Geschäftsführer Stv.: Jeremias Riesch / Sekretariat: Katharina Fischer

Adresse pour la Suisse romande

ASIN, Coordination Romande

Case postale 2, 1470 Estavayer-le-Lac

Internet: <http://www.asin.ch>

Indirizzo per la Svizzera italiana

ASNI, Casella postale 975

6830 Chiasso

Internet: <http://www.asni.ch>

1. Das Umfeld im Jahre 2002

Die Welt ist im Berichtsjahr 2002 nicht sicherer geworden. Sie ist nach der Friedenseuphorie der 90er Jahre endgültig zurückgekehrt zur «normalen Realität» des Machtkampfes überall und jederzeit. Die Weltpolitik war auch im Jahr 2002 – allen Friedensvisionen und Globalisierungsträumen zum Trotz – geprägt von Krieg und Gewalt, vom Bilden und Lösen von Allianzen sowie von wirtschaftlichem Wettkampf.

Es ging auch im Berichtsjahr um Vorherrschaftsansprüche zwischen den Grossmächten, um Machtverteilung und Einflussnahme. Es ging und geht zunehmend um nationale Interessen, um Wasser, Öl, Bodenschätze, Ressourcen, um Handelswege und Lebensräume. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass – beispielsweise in der EU – das Gemeinsame, das Gemeinschaftliche «herbeiharmonisiert», verordnet oder gar erzwungen wird.

Nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 in den USA, der die freie Welt erschüttert hat, und nach weiteren schweren Terroranschlägen war das Weltgeschehen auch im Jahr 2002 geprägt vom Kampf gegen den Terror, oder was immer von Grossmächten als «Terror» deklariert wurde. Der Kampf gegen den Terrorismus, von der UNO im Sog der USA beschlossen und zur «kollektiven Pflicht» erklärt, wurde unter Führung der USA als weltweiter Feldzug gegen die «Achse des Bösen» (vorab Afghanistan, Irak, Nordkorea) geführt. Russland hat sogleich die abtrünnigen Tschetschenen zu Terroristen erklärt und China geht in gleicher Weise gegen die «Terroristen» in Tibet vor. Ebenso sind für Israel die Palästinenser «Terroristen».

Die USA bestimmen den Fahrplan der weltweiten Terrorbekämpfung, indem sie zum Krieg rüsten gegen die «Achse des Bösen» – im Einverständnis mit dem UNO-Sicherheitsrat und allenfalls auch ohne ihn. Es ist eine Ironie des Schicksals, dass die Amerikaner seinerzeit die afghanischen Mujaheddins aufgerüstet haben, die sie im Berichtsjahr bekämpften. Das gleiche scheint sich beim irakischen Regime unter Saddam Hussein zu wiederholen, das die Amerikaner seinerzeit mit Waffen beliefert haben. Und der russische Publizist Dmitrij Radyschewski hat zu Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges festgestellt: «Wir sind selber schuld, dass wir Opfer des islamischen Terrors geworden sind. Wir haben den Wind gesät und ernten nun den Sturm».

Der Kleinstaat Schweiz tut gut daran, sich nicht in fremde Konflikte hineinziehen zu lassen und seine Neutralität strikte zu wahren.

Nachdem unser Land am 4. März 2002 Mitglied der politischen UNO geworden ist und nachdem der Beitritt am 10. September 2002 formell vollzogen wurde, wächst die Gefahr, dass die Schweiz immer mehr in internationale Machenschaften und Konflikte hineingezogen wird. Wir laufen Gefahr, unsere integrale Neutralität zu verlieren und sogar zum Schauplatz terroristischer Aktionen zu werden. Und dies, nachdem der Bundesrat bei der UNO-Abstimmung versprochen hatte, die Neutralität der Schweiz würde gestärkt!

Das Berichtsjahr 2002 war zudem gezeichnet durch das **Scheitern von Gigantismus und Grössenwahn**. Politiker und Manager der Wirtschaft mussten erkennen, dass ihr Drang nach «Grösse» und falsch verstandener «Globalisierung» Schiffbruch erlitten hat. Sie mussten erkennen, dass überdimensionierte Gebilde – sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft – früher oder später zusammenbrechen.

Vor allem ein Kleinstaat wie die Schweiz muss sich stets vor Augen halten: Wer sich in Grossgebilde und Machtstrukturen einbinden lässt, verliert an Freiheit und Unabhängigkeit. Diese Entwicklung führt schliesslich zur Unfreiheit und zur Knechtschaft des Landes.

Vor diesem Hintergrund stellt sich mehr denn je die Frage: «Wie kann unser Land die Freiheit, die Souveränität und die Wohlfahrt am ehesten sichern – zu unserem Nutzen und zum Nutzen der Welt?»

Die Antwort kann für uns nur heissen: Wahrung einer grösstmöglichen Handlungsfreiheit. Welt offen bleiben. Sich nicht in internationale Grossstrukturen und Machtorganisationen einbinden lassen. Schadensbegrenzung betreiben, wo wir der UNO-Charta verpflichtet sind. Sich nicht in internationale Konflikte hineinziehen lassen. Für Ordnung sorgen im eigenen Land. Ein Vorbild sein für Freiheit, Unabhängigkeit, Selbstverantwortung.

Es ist Aufgabe der AUNS, unsere erfolgreichen Staatssäulen – Freiheit, Volkssouveränität, Unabhängigkeit und integrale Neutralität – gegen Erosion zu schützen, zu wahren und zu stärken. Das Berichtsjahr hat gezeigt, dass diese Aufgabe dringender ist denn je.

1.1. Die Europäische Union

Euro, Osterweiterung, Reformen: Das waren die Schwerpunkte der EU im Berichtsjahr 2002 und darüber hinaus.

Die Europäische Union, nach wie vor eine intellektuelle Fehlkonstruktion, war auch im Berichtsjahr 2002 vor allem damit beschäftigt zu wachsen. Sie wollte und will sich den gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht stellen. Man versucht sich durchzumogeln, der Stabilitätspakt wird aufgeweicht, bei den Konvergenzkriterien wird getrickst. Die Zentralisierung wurde weiter vorangetrieben, auf Kosten des Föderalismus und auf Kosten der Selbstbestimmung der Völker. Die Realität zeigt jedoch: Grösse allein taugt nichts. Künstliche Grossgebilde scheitern, sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese EU mittelfristig zerfällt.

Euro wohin?

Nachdem die Einführung des Euro in der Sylvesternacht 2001 mit grossem Brimborium gefeiert worden war, ist im Berichtsjahr längst die Ernüchterung eingeleitet.

Der Euro verliert seit seiner Einführung kontinuierlich an Wert. Es zeigt sich nun mit aller Deutlichkeit, dass die Währungsunion nicht auf ökonomischen Grundlagen, sondern auf einem politischen Entscheid beruht. Dazu kommt, dass der mühsam gezimmerte Stabilitätspakt (Neuverschuldung von höchstens 3%, Gesamtverschuldung von höchstens 60% des Bruttoinlandprodukts BIP, das heisst der volkswirtschaftlichen Leistungen, die im Inland entstanden sind) zunehmend aufgebrochen wird. EU-Kommissionspräsident Romano Prodi hat den Stabilitätspakt sinngemäss als starr und dumm bezeichnet: «Le pacte de stabilité est imparfait, c'est vrai, parce qu'il faut avoir un outil plus intelligent et plus de flexibilité», *Le monde*, 18.1.2002 («Der Stabilitätspakt hat Mängel; es braucht ein intelligenteres Instrument und mehr Flexibilität»).

Statt die Grundlage für eine solide Währungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Teilnehmerstaaten zu schaffen, setzt die EU alles daran, um den Steuerwettbewerb abzuschaffen und Zinsinseln (wie die Schweiz) im EU-, EWR- und sogar im OECD-Raum zu eliminieren. Mit der Forderung nach einer einheitlichen Zinsbesteuerung wird zudem die Abschaffung des schweizerischen Bankkundengeheimnisses und die Schwächung unseres Finanzplatzes angestrebt.

Und entgegen beschönigenden Euro-Statistiken stellte die renommierte Zeitschrift «Focus» schon am 25. Februar 2002 fest, beim persönlichen Einkauf merke jeder Bundesbürger sofort, dass die Preise für den täglichen Konsum «weit über die amtliche Konsumrate» gestiegen seien.

Sogar der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Wim Duisenberg, hat eingestanden, die EZB habe «nicht offen genug» über gestiegene Preise als Folge der Euro-Bargeldeinführung gesprochen. «Wir hätten hier einfach ehrlicher sein sollen», sagte Duisenberg in einem Interview mit dem niederländischen Sender RTLZ (*Landbote*, 30.12.2002).

Die Bevölkerung hatte den Euro indes längst als «Teuro» gebrandmarkt. Gemäss einer Umfrage in Österreich ärgerten sich 92% der Befragten, dass so «ziemlich alles teurer geworden» sei (*Der Kärntner*, 12/2002).

Der «Teuro» wurde von der Gesellschaft für deutsche Sprache sogar zum (Un)Wort des Jahres gekürt; nach einer Umfrage sind 88% der Deutschen der Meinung, dass die neue Währung ihren Lebensunterhalt verteuert hat. In Frankreich «lebt der Franc weiter» und in Italien sollen im Einzelhandel wieder Anschriften in Euro und Lire erfolgen (*NZZ*, 4./5.1.2003).

Der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Milton Friedman warnt: «Euro-Land bricht auseinander». Nach dem Ende der nationalen Geldpolitik schlugen Wettbewerbsnachteile «unmittelbar auf die Arbeitslosigkeit eines Landes durch – das ist die Achillesverse des Euro», sagte Friedman. So sei etwa die für Irland richtige Geldpolitik der Europäischen Zentralbank für Deutschland völlig ungeeignet. «Deutschland muss mehr Flexibilität ins System bringen, deregulieren, Kündigungen und Einstellungen vereinfachen, die Wirtschaft befreien», meinte Friedman (*Der Spiegel*, 8.7.2002).

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Aussage von Jean-Pierre Roth, Direktor der Schweizerischen Nationalbank (SNB): «Die Schweiz braucht den Euro nicht.» Die Einführung des Euro liege nicht im Interesse unseres Landes. Die Schweiz verlöre sonst zwei ihrer Hauptvorteile: ihre tiefen Zinsen und die niedrige Inflation. Solange die Schweiz der Eurozone nicht beitrete, werde ein deutlicher Zinsunterschied zwischen der Schweiz und den 12 Ländern bestehen bleiben. Als grossen Vorteil der Schweiz sieht Roth auch die unabhängige Geldpolitik. Die Frankenstärke reflektiere zu einem guten Teil, dass die Schweizer Wirtschaft flexibler sei als die europäische (*Tagesanzeiger*, 21.1.2003).

EU-Osterweiterung

Zur «EU der 15» kommen bekanntlich ab 2004 zehn neue Beitrittsländer dazu – allesamt Länder mit schlechten Wirtschaftsleistungen. Wenn die durchschnittliche Leistung pro Kopf der heutigen EU mit 100 Prozent eingesetzt wird, so liegen die Wirtschaftsleistungen der neuen Länder zum Teil massiv darunter: Zypern: 80 %, Slowenien 69 %, Tschechien 57 %, Malta 55 %, Ungarn 51 %, Slowakei 47 %, Estland 42 %, Polen 40 %, Litauen 38 %, Lettland 33 %. Obwohl die neue EU mit 450 Millionen Menschen zum weltweit grössten Wirtschaftsraum mutiert, wird sie schwächer und ärmer. Kein Wunder, dass die Schweiz als Nettozahlerin äusserst willkommen wäre!

Am 26. Februar 2001 unterzeichneten die EU-Aussenminister den **Vertrag von Nizza**. Aber erst am 1. Februar 2003, nachdem die Iren im zweiten Anlauf zugestimmt hatten, traten die Bestimmungen in Kraft. Aber weil man sich nicht einigen konnte, ist der Vertrag eine blosse **Übergangskonstruktion**.

Die mit «Nizza» verbundenen Reformen sollten den zuständigen EU-Behörden weitgehende Handlungsfreiheit bei der Osterweiterung einräumen. In Tat und Wahrheit verbirgt sich dahinter eine zusätzliche Machtkonzentration bei den Verwaltungszentralen Brüssels. Die neu eingeführte Stimmengewichtung in der EU-Organen geht vor allem zulasten der kleinen Staaten. Dazu kommt, dass rund 30 von 70 Vertragsbestimmungen nicht mehr dem Einstimmigkeitsprinzip unterworfen sind. Bei abgeschlossener Osterweiterung wird nicht mehr jedes Mitglied in der EU-Kommission, dem eigentlichen Machtorgan, vertreten sein.

Das Vetorecht der Staaten soll im Bereich des EG-Rechtes entfallen; betroffen sind die Bereiche Personen- und Warenverkehr, Dienstleistungen und Kapital, Landwirtschaft, Verkehr, Visa, Asyl, Einwanderung, Wettbewerbs- und Steuerfragen, Angleichung von Rechtsvorschriften, Wirtschafts- und Währungspolitik, Beschäftigung, Handelspolitik, Zollwesen, Sozialpolitik, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, Verbraucherschutz, Industrie, Trans-europäische Netze, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, Forschung, technologische Entwicklung, Umwelt- und Entwicklungspolitik.

Reformdiskussionen ohne Ende

Der «Konvent zur Zukunft der Europäischen Union» unter dem Vorsitz des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing hat auch im Berichtsjahr eifrig getagt. Der Konvent hat ehrgeizige Ziele: Er soll die Grundlagen für die EU-Erweiterung schaffen, das demokratische Defizit der EU überwinden und ihre internationale Bedeutung stärken. Im Juni 2003 soll ein Entwurf für eine EU-Verfassung stehen. Heftig umstritten ist die Frage, wie viel Macht die Union haben soll und wie viel bei den Nationalstaaten bleiben soll.

Ein Vorentwurf, der im Berichtsjahr ausgearbeitet wurde, regelt in einem ersten Teil die *Struktur* der Verfassung (Definition und Ziele der Union, Zuständigkeiten und Institutionen, Finanzen usw.). Der zweite Teil umfasst die Politikbereiche und die Durchführung der Massnahmen der Union (Binnenmarkt, Wirtschaft und Währung, Sicherheit, Verteidigung usw.). Bei Redaktionsschluss liegen lediglich die ersten Artikel-Entwürfe vor. Bis Ende Juni bleibt dem Konvent Zeit, sich über die brisanten Fragen der Machtverteilung innerhalb der EU und das gemeinsame Vorgehen beispielsweise in der Aussenpolitik zu verständigen und eine endgültige Fassung zu formulieren.

Je mehr die EU in Richtung einer eigenen Verfassung geht, desto grösser ist der Widerspruch zur direktdemokratischen Struktur und zur Neutralität unseres Landes.

1.2. In der Schweiz

Im Berichtsjahr war für unser Land aus Sicht der AUNS vor allem Folgendes von Bedeutung:

EWR-Nein war ein guter Entscheid

Am 6. Dezember 2002 hat sich zum zehnten Mal das Nein von Volk und Ständen zum EWR-Vertrag geäußert.

Fazit: Der Weg der Schweiz ausserhalb von EWR und EU hat sich als erfolgreich und richtig erwiesen: Wir haben die **Freiheit gewahrt** und stehen auch **wirtschaftlich erfolgreich** da.

10 Jahre nach dem EWR-Nein lassen sich 5 Ergebnisse festhalten:

1. Das EWR-Nein verhinderte den bereits anvisierten EU-Beitritt.
2. Das EWR-Nein verhinderte einen unwürdigen Kolonialvertrag.
3. Die Schweiz konnte ihren Wohlstand gerade ausserhalb von EWR/EU behaupten.
4. Die Wirtschaft beurteilt heute einen EU-Beitritt klar negativ.
5. Die apokalyptischen Voraussagen über eine Schweiz ohne EWR haben sich als gigantische Fehlprognosen erwiesen.

Beitritt zur politischen UNO

Die UNO-Abstimmung vom 3. März 2002 ist mit einem Volksmehr von 54,6% Ja- gegen 45,4% Nein-Stimmen und einem hauchdünnen Ständemehr von 12:11 leider knapp verloren gegangen. Hätten 1400 Walliser gegenteilig entschieden, so wäre der Beitritt nach 1986 zum zweiten Mal gescheitert. Die VOX-Analyse ergab, dass die grosse Veränderung gegenüber 1986 in den Städten erfolgte, wo der Anteil der Ja-Stimmen um 36% zunahm.

Der Bundesrat hatte eine Niederlage jedoch nur abwenden können, indem er auf Druck des «Aktionskomitees gegen den Beitritt zur politischen UNO», dessen Federführung bei der AUNS lag, weitgehende Zugeständnisse machte. So war er genötigt festzustellen, die schweizerische Neutralität bleibe «unberührt» und sie werde durch einen UNO-Beitritt sogar «gestärkt». Zweitens versprach der Bundesrat, die Kosten würden 70 Millionen Franken pro Jahr nicht übersteigen. Zudem wolle der Bundesrat keine Schweizer Soldaten unter der UNO-Flagge ins Ausland schicken.

Was man immer von den häufigen Versprechungen des Bundesrates halten kann: Der UNO-Beitritt bringt für unser Land weniger Sicherheit sowie einen Verlust an Freiheit und Unabhängigkeit. Denn Artikel 25 der UNO-Charta verpflichtet die Mitglieder unmissverständlich, die Beschlüsse des Sicherheitsrates «anzunehmen» und «durchzuführen». Und Artikel 24 besagt ausdrücklich, dass der Sicherheitsrat bei der «Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit «im Namen der Mitglieder» handelt.

Mit dem UNO-Beitritt der Schweiz hat die Welt einen unabhängigen Kleinstaat verloren, der aufzeigte, wie man humanitäre Spitzenleistungen erbringen kann, ohne sich in internationale Konflikte und Kriege hineinziehen zu lassen.

In Zukunft muss die AUNS zusammen mit gleichgesinnten Kreisen alles tun, damit dem aussenpolitischen Aktivismus des Bundesrates ein Riegel geschoben wird. Nachdem der aussenpolitische Schadenfall leider eingetreten ist, muss unser Ziel eine bestmögliche Schadensbegrenzung sein.

Bilaterale Verträge II

Die sieben Abkommen (Bilaterale I) in den Bereichen Landverkehr, Luftverkehr, Personenfreizügigkeit, Forschung, öffentliches Beschaffungswesen, Handel mit Agrarprodukten und technische Handelshemmnisse sind am 1. Juni 2002 in Kraft getreten.

Der Bundesrat hat im Berichtsjahr ein weiteres Verhandlungspaket (Bilaterale II), das 10 Bereiche umfasst, vorangetrieben. Es geht um das **Schengener/Dubliner Abkommen** sowie um die **Zinsbesteuerung (Bankkundengeheimnis)** – und ferner um die Bereiche Dienstleistungen, Betrugsbekämpfung, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Bildung/Berufsbildung/Jugend, Medien, Umwelt, Statistik und Ruhegehälter.

Insbesondere das Schengener und das Dubliner Abkommen sowie die Zinsbesteuerung sind **Vorstufen zum EU-Beitritt**. Mit diesen Abkommen will der Bundesrat – ganz im Sinn seines Beitrittsdrangs und des Beitrittsgesuches, das er nicht zurückziehen will – «Hürden» zum EU-Beitritt abbauen. Die AUNS fordert, dass die Bilateralen II, die schwere Nachteile für die Schweiz bringen, abgebrochen werden. Denn mit dem Schengener und dem Dubliner Abkommen würden die Grenzkontrollen und damit letztlich die Grenzen aufgehoben. Wir würden uns einem unwürdigen Kolonialvertrag unterstellen; die EU würde in immer mehr Bereichen über uns Recht setzen. Die Asyl-, Visa- und Ausländerpolitik würde EU-weit gleichgeschaltet – zum Nachteil unseres Landes. Unser Bankkundengeheimnis würde aufgebrochen und preisgegeben.

Der Bundesrat muss seine widersprüchliche, doppelstürige Aussenpolitik (bilaterale Verhandlungen *und* EU-Beitritt) stoppen und das Beitrittsgesuch zurückziehen. Die AUNS wird den Kampf an vorderster Front weiterführen, um dieser falschen Politik, welche die Souveränität, die Unabhängigkeit und die Neutralität unseres Landes gefährdet, Einhalt zu gebieten. Wir wollen keinen EU-Beitritt, auch nicht in kleinen Schritten, und auch nicht durch die Hintertüre.

Solidaritätsstiftung erledigt!

Am 22. September 2002 wurde die so genannte «Solidaritätsstiftung» von Volk und Ständen abgelehnt, und zwar mit einem Neinstimmen-Anteil von 51,8% und einem Ständemehr von 16 zu 6 Standesstimmen. Damit war der über 5-jährige Kampf gegen die erpresste Stiftung beendet. Und die schweizerische Souveränität bleibt wenigstens in dieser Beziehung gewahrt. Die AUNS hat massgeblich zu diesem Erfolg beigetragen.

Trotz aller Schönfärberei und Propaganda von Seiten des Bundesrates, von Parteien, Politikern, Diplomaten, Hilfswerken, kirchlichen Kreisen und «Kulturschaffenden» – und trotz der Parteinahme fast aller Medien, insbesondere des Staatsfernsehens, des Staatsradios und des Ringierkonzerns – liess sich das Schweizer Volk nicht über den Tisch ziehen. Es hatte die Taktik der Befürworter des Gegenentwurfs durchschaut, denen es mit der Drittelslösung (je ein Drittel der Golderträge für die Stiftung, die Kantone und die AHV) darum gegangen war, die Solidaritätsstiftung zu retten. Und das Schweizer Volk hat damit klargemacht, dass es sich nicht erpressen lässt und dass Volksvermögen nicht in alle Welt verteilt werden darf.



Asylinitiative: politisches Erdbeben ausgelöst

Die Abstimmung über die Volksinitiative «gegen Asylrechtsmissbrauch» vom 24. November 2002 ging zwar knapp verloren, hat aber in Bundesbern ein politisches Erdbeben ausgelöst. Die AUNS hat dabei an vorderster Front gekämpft.

Das Ständemehr wurde mit 12½ gegen 10½ Stimmen erreicht, das Volksmehr mit einem Zufallsmehr von 50,1 % Nein zu 49,9 % Ja hauchdünn verfehlt. Das Resultat ist für den Bundesrat ein Fanal: Die Mehrheit der Kantone und die Hälfte der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger folgen dem Bundesrat und der classe politique in der Asylpolitik nicht mehr. Die AUNS hat nach der Abstimmung umgehend klar gemacht, dass jetzt konsequente Massnahmen gegen den weiteren Zustrom von Scheinflüchtlings durchzusetzen sind, nämlich eine Drittstaatenregelung,

wonach Asylanten, die über ein verfolgungssicheres Drittland eingereist sind, grundsätzlich kein Asyl bekommen; zudem sollen Asylbewerber, deren Gesuch abgelehnt oder auf deren Gesuch nicht eingetreten wurde, keine staatlichen Leistungen mehr bekommen. Im Weiteren sollen kriminelle Asylanten sofort ausgewiesen bzw. interniert werden. Schliesslich sind die Verfahrens- und Rekursfristen drastisch zu reduzieren.

Falls der Bundesrat und das Parlament nicht rasch für griffige Massnahmen sorgen, wird die AUNS mit allen Kräften dazu beitragen, dass bei den eidgenössischen Wahlen 2003 eine Wende herbeigeführt wird.

Bundesrätliche Abstimmungspropaganda eskaliert

Im Berichtsjahr hat die demokratiefeindliche Staatspropaganda des Bundesrates und der Verwaltung massiv zugenommen. Immer mehr greift der Bundesrat im Vorfeld von eidgenössischen Abstimmungen mit Propaganda, mit Steuergeldern, mit moralischen Urteilen und Werturteilen – als eigentliche Partei – ins Geschehen ein. Die bundesrätliche Propaganda gefährdet die unverfälschte demokratische Meinungsbildung des Bürgers, sie missachtet die Gewaltentrennung und ist eine Gefahr für die direkte Demokratie.



Als Beispiel sei die UNO-Propaganda genannt: So wurden im Vorfeld der UNO-Abstimmung vom 3. März 2002 verwaltungsintern Unterschriften für die vom Bundesrat bestellte Initiative gesammelt. Nachdem diese Machenschaften publik geworden waren, hat Bundesrat Deiss die Verantwortlichen auch noch ausdrücklich gelobt. An Divisionsrapporten haben Bundesräte und hohe Militärs vor Tausenden von befohlenen Offizieren und Unteroffizieren unverhohlen Propaganda für den UNO-Beitritt gemacht. Der Bundesrat hat 2 Millionen Steuerfranken für die UNO-Abstimmungspropaganda missbraucht. Die Bundesverwaltung und mit Bundesgeldern unterstützte Organisationen haben massenweise Hochglanzbroschüren pro UNO-Beitritt produziert, und das aussenpolitische Departement wurde kurzerhand in ein UNO-Propagandaministerium umfunktioniert.



Bereits im Jahr 2001 hat die Bundesverwaltung für so genannte Öffentlichkeitsarbeit 82 Millionen Franken verschleudert. Im Berichtsjahr 2002 dürfte dieser Betrag noch höher liegen. Hunderte von «Informationsbeauftragten» (292 Vollzeitstellen, zusätzliche Teilzeitangestellte und externe PR-Leute) sorgen dafür, dass die Staatspropaganda regelrecht eskaliert.

Die AUNS verurteilt diese demokratiefeindliche Propagandaflut mit aller Schärfe und kämpft dafür, dass der Bundesrat auf seine sachliche Informationsaufgabe zurückgebunden wird.

2. Die AUNS

2.1. Aktivitäten während des Berichtsjahres

Mitgliederversammlung 2002

Über 1000 Mitglieder der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz sprachen sich anlässlich der 17. ordentlichen Mitgliederversammlung vom 11. Mai 2002 in Bern mit überwältigendem Mehr gegen den Beitritt der Schweiz zum Schengener Abkommen aus. «Schengen» sei ein unwürdiger Kolonialvertrag, weil er die Schweiz ohne Mitsprache verpflichte, das ganze heutige und künftige Schengenrecht in immer mehr Bereichen zu übernehmen, wurde argumentiert. Der Abbau der Kontrollen an der Grenze bringe weniger Sicherheit und Schengen sei eine Etappe auf dem falschen Weg zur EU.

AUNS-Präsident Nationalrat Christoph Blocher bezeichnete die AUNS in seiner Standortbestimmung als die einzige überparteiliche Lobby, welche für die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Neutralität unseres Landes kämpfe. Obwohl die Bundesverfassung den Bundesrat und die Bundesversammlung unmissverständlich zur Wahrung dieser zentralen Werte verpflichte, würden sie von der Mehrheit der Politiker, von vielen Wirtschaftsleuten in Grossunternehmen und von einem Grossteil der Presse und der Massenmedien missachtet. Darum brauche es die AUNS, die mit ihren mittlerweile 41 562 Mitgliedern zu einer starken, respektierten Volksbewegung herangewachsen sei.

Nach vielen Erfolgen seit der Gründung im Jahre 1986 sei das vergangene Jahr «gemischt» gewesen. Neben dem erfolgreichen Kampf gegen die EU-Beitrittsinitiative «Ja zu Europa» habe eine knappe Mehrheit des Volkes bzw. der Kantone dem Militärgesetz und dem UNO-Beitritt zugestimmt. In beiden Fällen sei der Bundesrat unter dem Druck der AUNS aber genötigt gewesen, weitgehende Versprechungen abzugeben und bei der Armee XXI wesentliche Korrekturen vorzunehmen, um die Vorlagen nicht zu gefährden. Darauf werde die AUNS den Bundesrat behaften!

Amateurhafte, desolante Aussenpolitik

Blocher geisselte die Aussenpolitik des Bundesrates als amateurhaft und desolat, weil sie die grundsätzlichen Werte der Schweiz preisgebe und diese zum Niedergang führe. Als Beispiele nannte er die Preisgabe des «Gotthard-Pfandes» durch die Öffnung der Schweiz für 40-Töner, ferner das Luftverkehrsabkommen mit Deutschland sowie die schwache Haltung des Bundesrates beim Bankkundengeheimnis. Zudem gebe sich die Schweiz schon kurz nach der UNO-Abstimmung durch den Aktivismus des Aussenministers und des Gesamtbundesrates der Lächerlichkeit preis. So hätten «Subalterne» aus dem EDA offiziell und im Namen der Schweiz zum Konflikt im Nahen Osten Stellung genommen und gegenüber einer Konfliktpartei Massnahmen angedroht.

Integrale Neutralität gegen Dummheiten der Regierung

In dieser Situation bekomme die integrale Neutralität eine ganz neue Bedeutung, stellte Blocher fest: «Sie ist dringend notwendig, damit unsere Regierung nicht jeden Tag eine neue Dummheit begehen kann». Oberstes Ziel sei nun, den EU-Beitritt zu verhindern, den der Bundesrat durch den Abbau von Beitrittschürden mit allen Mitteln forcieren wolle. Der nachteilige und unwürdige Schengener Vertrag und das noch schlechtere «Gegengeschäft» zur Abschaffung des Bankkundengeheimnisses seien strikte abzulehnen. Die AUNS sei gezwungen, den Kampf an vielen weiteren Fronten zu führen. Blocher nannte die Unterstützung der Goldinitiative, die Ablehnung der unter Erpressungsdruck entstandenen Solidaritätsstiftung, ferner die Verhinderung eines Berufsparlaments, den Kampf gegen den Missbrauch im Asylwesen, das Beschwerderecht bei Einbürgerungen und als Hauptziel die Verhinderung des EU-Beitritts.

Was verbirgt sich hinter Schengen?

Verschiedene Referenten äusserten sich sodann pro und contra Schengener Abkommen. Jean-Daniel Gerber, Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge, argumentierte, mehr Sicherheit im Polizei- und im Asylbereich bedinge eine enge Zusammenarbeit mit den Schengener Staaten und dem Schengener Informationssystem, das in Sekundenschnelle Millionen von Fahndungsdaten liefere. Mit mobilen Grenzkontrollen anstelle der heutigen stationären Kontrollen an der Grenze resultiere mehr Sicherheit. Mit Schengen und Dublin könne verhindert werden, dass die Schweiz zur Drehscheibe für internationale Kriminalität und illegale Einwanderung werde. Bevor definitive Resultate der Bilateralen II vorlägen, sei ein Entscheid jedoch verfrüht.

Gerbers Ausführungen wurden ergänzt durch Robert Steiner, Präsident der Vereinigung schweizerischer Kriminalpolizeichefs, der Schengen aus polizeilicher Sicht befürwortet. Seines Erachtens ist die Schweiz ohne Schengen eine EU-Aussengrenze und somit «isoliert». Zur «schengenweiten», gemeinsamen Strategie der Kriminalitätsbekämpfung mit Repression, Prävention und Kooperation gebe es keine taugliche Alternative.

Konsequenzen aus grenzpolizeilicher Sicht

Für Oberst Toni Grab, Kommandant des Grenzwachtkorps II, ist Schengen trotz mobiler Kontrollen im Grenzraum und trotz verschärfter Überwachung der Schengener Aussengrenze kein Garant für Sicherheit. Falls die Schengener Aussengrenze dereinst an Bulgarien, Rumänien, Lettland und Litauen übergehen sollte, dürfe die Schweiz die Kontrollen an der Grenze erst recht nicht aufgeben, denn heute schon kämen viele von den Grenzwachorganen aufgegriffene verdächtige Personen und Delinquenten aus diesen Ländern. Grab bezeichnete die technische Übernahme des Schengener Informationssystems (SIS) als Vorteil, allerdings unter der Voraussetzung, dass die heutigen erfolgreichen Kontrollen an der Grenze bestehen blieben.

Angriff auf Finanzplatz und Bankkundengeheimnis

Nationalrat Hans Kaufmann plädierte gegen Schengen, weil damit, im Rahmen der Bilateralen II, ein massiver Angriff der EU auf das ihr missliebige Bankkundengeheimnis und auf den erfolgreichen Finanzplatz Schweiz geführt werde. Schengen werde als «Geschäft», als Vorteil für die Schweiz hochstilisiert, und als «Gegengeschäft» verlange die EU die Aufweichung und die Abschaffung des Bankkundengeheimnisses. Kaufmann betonte, die Schweiz wolle kein schlechtes Geschäft und schon gar kein noch schlechteres Gegengeschäft. Vielmehr müsse das Bankgeheimnis in der Bundesverfassung verankert werden.

Untaugliche Schreibtisch-Abkommen

Eine sehr negative Bilanz zum Schengen-Dossier zog abschliessend Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer. Schengen heisse Preisgabe unserer Souveränität im Sicherheitsbereich. Sowohl Schengen als auch Dublin seien typische Schreibtisch-Abkommen. Auf den ersten Blick erscheine alles logisch, aber in der Praxis, bei effektiven Sicherheitsproblemen, versagten beide Abkommen. Gegen den Asylrechtsmissbrauch und die illegale Einwanderung bringe das Dubliner Erstasylabkommen nichts, weil wegen fehlender Grenzkontrollen nicht nachgewiesen werden könne, woher jemand gekommen sei. Auch Schengen bleibe infolge der löcherigen Aussengrenze toter Buchstabe. Und diese «Löcher» seien nach der EU-Osterweiterung noch wesentlich grösser. «Wer den Grenzschutz Europas an die weissrussische und ukrainische Grenze verlegt und den Rest Europas kollektiver Sicherheitszuständigkeit überlässt, liefert Europa an die organisierte Kriminalität aus», warnte Schlüer. Zudem werde mit dem Schengener Fahndungssystem jede Person in Europa zu einem staatlich durchnummerierten Beobachtungsobjekt.

Die Gewährleistung der Sicherheit in unserem Land sei nur möglich mit klar zugewiesenen Verantwortlichkeiten in einem konkreten Raum.

Schliesslich bringe die europaweite Vergemeinschaftung der Strafverfolgung zwingend die Anerkennung des EU-Gerichtshofes in Luxemburg als oberste Gerichtsinstanz. Die Preisgabe unserer obersten gerichtlichen Kompetenz sei ein weiterer markanter Verlust an Souveränität.

Anschliessend verabschiedete die AUNS-Mitgliederversammlung die Resolution «Ja zur souveränen, neutralen Schweiz – Nein zum Schengener Vertrag!»

Vorbereitungen für die Abstimmungskampagnen

Nach der UNO-Kampagne stand die zweite Hälfte des Berichtsjahres weitgehend im Zeichen der Vorbereitungen für die Abstimmung über die «Solidaritätsstiftung» vom 22. September 2002 und über die Volksinitiative «gegen Asylrechtsmissbrauch» vom 24. November 2002.

Die Geschäftsstelle erstellte umfangreiche Argumentarien, Kurzargumentarien sowie Musterreferate mit Foliensätzen. An mehreren Samstagen und Abenden führte der AUNS-Geschäfts-

fürher Medien- und Leserbriefkurse in Walenstadt, Olten und Meggen mit über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch. Zudem wurden nationale und kantonale Abstimmungskomitees ins Leben gerufen und durch die AUNS-Geschäftsstelle koordiniert.

Ab Mitte des Berichtsjahres bis Ende 2002 fanden über 80 Veranstaltungen zur Solidaritätsstiftung/Goldinitiative und zur Asylinitiative statt, davon über 30 Grossveranstaltungen zur Goldinitiative/Solidaritätsstiftung mit Christoph Blocher. Die AUNS-Geschäftsstelle und die AUNS-Mitglieder haben ein umfangreiches Mass an Arbeit geleistet, um den beiden Vorlagen zum Durchbruch zu verhelfen. Leider wurde das Ziel bei der Asylinitiative um Haaresbreite verfehlt.

Graue Briefe

Im Berichtsjahr erschienen 6 Graue Briefe («zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik»), nämlich die Nummern 82 bis 87. Sie haben zunehmend Anklang gefunden und werden in grosser Zahl nachbestellt, weil sie klare Botschaften, Kurzinformationen, Zahlen und Fakten bringen, welche für die Information der AUNS-Mitglieder von Bedeutung sind. In der Regel umfasst ein Grauer Brief, der auch als «Bulletin d'information» französisch und als «»Bolletino d'informazione» italienisch erscheint, acht Seiten.

Weitere Aktionen

Das Angebot der **AUNS-Internetseiten** in den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch wurde inhaltlich weiter ausgebaut. Immer mehr wird mit der elektronischen Post «e-mail» korrespondiert. Vor allem Schüler und Studenten, zunehmend aber auch Interessierte jeden Alters gelangen mit ihren Fragen auf diesem Weg an die AUNS.

Die bereits 1997, 1998, 1999, 2000 und 2001 durchgeführte Inerate-Aktion in der Auslandschweizer Zeitung «**Schweizer Revue**» wurde auch im Jahre 2002 fortgesetzt.

In der **Suisse romande** wurden die in den letzten Jahren aufgebauten Strukturen gefestigt. Ende 2002 verfügte die Geschäftsstelle unter Führung des Koordinators «Westschweiz», Herrn René Scheidegger, in allen Kantonen über zuverlässige Ansprechpartner für die Planung und Durchführung von Aktionen.

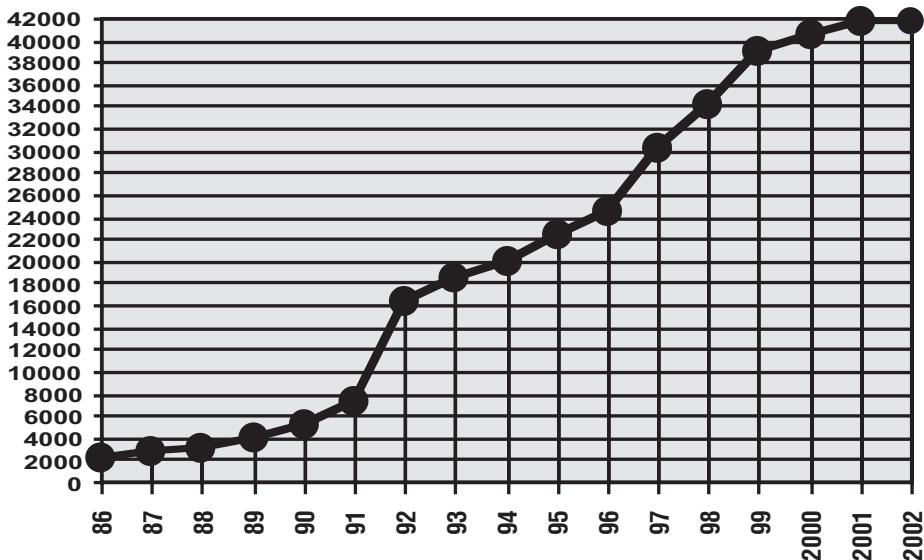
Heute kann zudem festgestellt werden, dass die Berichterstattung der Medien über die AUNS in der Suisse romande besser geworden ist. Die AUNS ist auch im Welschland zunehmend akzeptiert und respektiert als bedeutende politische Kraft.

Im Weiteren hat die AUNS mit verschiedenen **Communiqués, Presseartikeln, Vernehmlassungen** und anderen Verlautbarungen Stellung genommen zu aktuellen Fragen, welche die Unabhängigkeit und die Neutralität unseres Landes betreffen.

Verschiedene öffentliche **Veranstaltungen** sowie Podiumsgespräche, Referate an Schulen, bei Verbänden usw., die vom Geschäftsführer oder anderen AUNS-Exponenten bestritten wurden, haben dazu beigetragen, die Ziele der AUNS bekannt zu machen.

2.2. Mitgliederbestand

15.3.2003	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Mitglieder	17 841	21 094	24 641	29 480	30 961	31 779	31 613
Gönner	2 590	2 815	2 911	2 846	2 834	2 841	2 822
Sympathisanten	4 100	6 378	6 503	6 715	6 814	6 942	7 328
Total	24 531	30 287	34 055	39 041	40 609	41 562	41 763



Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder, Gönner und Sympathisanten ist im Geschäftsjahr 2002 praktisch stabil geblieben. Unter Abzug der üblichen Abgänge kann für die gesamte Schweiz immerhin ein Netto-Zuwachs von 201 Mitgliedern ausgewiesen werden, der vor allem der Suisse romande zu verdanken ist. Somit betrug der Mitgliederbestand per 15. März 2002: 41 763.

Weil im Berichtsjahr die Tätigkeit auf die UNO-Kampagne, die Solidaritätsstiftung und die Asylinitiative konzentriert wurde, verzichtete der Vorstand auf spezielle Mitgliederwerbekampagnen.

2.3. Jahresrechnung und Bilanz

Jahresrechnung 2002

	Rechnung 2001	Rechnung 2002
Einnahmen		
Beiträge und Spenden	2 425 180.55	2 367 509.55
Zinsen	97 152.70	10 956.25
	2 522 333.25	2 378 465.80
Ausgaben		
Propaganda, Werbung	3 730 035.35	2 874 672.66
Mitgliederbriefe, Presse	451 747.75	250 702.35
Sonderaktionen	277 762.30	353 872.15
Abschreibungen	36 507.40	37 950.00
Allgemeines	118 051.85	109 329.60
	4 614 104.65	3 626 526.76
Zusammenstellung		
Total Einnahmen	2 522 333.25	2 378 465.80
Total Ausgaben	4 614 104.65	3 626 526.76
Einnahmenüberschuss	-2 091 771.40	-1 248 060.96

Bilanz per 31. Dezember 2002

Kasse	2 013.20	
Postcheck	170 917.53	
Valiant Bank	33 170.69	
Wertschriften	247 895.05	
Guthaben-Ver.-Steuer	26 563.93	
EDV-Anlage, Mobiliar	67 700.00	
Kreditoren		93 939.10
Sonderfonds		54 961.65
Kapital		399 359.65
	548 260.40	548 260.40

Die Mitgliederversammlung vom 11. Mai 2002 beschloss, die Jahresbeiträge für 2003 nicht zu erhöhen: Mitglied Fr. 35.–, Ehepaare Fr. 50.–, Gönner Fr. 100.– und Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Im Berichtsjahr fielen die Beiträge und Spenden um Fr. 567 509.55 höher aus als budgetiert. Es handelt sich um Gönnerbeiträge für die Abstimmungskampagnen (UNO, Kampf gegen Solidaritätsstiftung, Asylinitiative). Wie vorgesehen, wurde für diese Kampagnen auch das Reinvermögen – d.h. der Fonds für Abstimmungskämpfe – eingesetzt. So konnten dank der Äufnung dieses Fonds in den Jahren 2001 und 2002 für die Abstimmungen 3,3 Mio. Franken eingesetzt werden.

Es ist erfreulich, dass mit dem Reinvermögen von 480 560.40 Franken (exkl. EDV-Anlage) wiederum eine Grundlage für die kommenden Auseinandersetzungen für die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz vorhanden ist. Es ist Aufgabe der AUNS, diesen Abstimmungsfonds weiter zu äufnen.

Der Vorstand dankt allen Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten herzlich für ihre finanziellen Engagements.

2.4. Vorstand

Der Vorstand tagte wie üblich während den Sessionen der eidgenössischen Räte in Bern, also insgesamt viermal. Neben den Tagesgeschäften standen für den Vorstand die integrationspolitische Lage der Schweiz, die UNO-Initiative, die Solidaritätsstiftung, die Asylinitiative sowie die bilateralen Verträge im Vordergrund.

2.5. Geschäftsstelle

Neben dem vollamtlichen Geschäftsführer Hans Fehr ist seit dem 1. September 2001 Herr Jeremias Riesch als vollamtlicher Geschäftsführer-Stellvertreter tätig. Neben Fehr und Riesch sowie der Sekretärin Katharina Fischer arbeiteten je nach Arbeitsanfall weitere Teilzeit-Arbeitskräfte mit. Dies war insbesondere zu Beginn des Jahres 2002 nötig, damit der grosse Arbeitsanfall im Zusammenhang mit der UNO-Abstimmungskampagne bewältigt werden konnte. Die Grösse der AUNS mit über 40 000 Mitgliedern, der Ausbau der Tätigkeit vor allem im Welschland und die wichtige Stellung im politischen Kräftespiel erfordern eine leistungsfähige Geschäftsstelle.

2.6. Stützpunkte in den Kantonen

Unsere Stützpunktleiterinnen und Stützpunktleiter aus den Deutschschweizer Kantonen trafen sich viermal in Bern, die Verantwortlichen aus der Westschweiz in Lausanne und Genf. Schwerpunkte waren der weitere Ausbau der kantonalen Stützpunkte und «Aktivistennetze», insbesondere im Hinblick auf die Kampagne gegen den Beitritt zur politischen UNO und pro Asylinitiative. Die Hauptmassnahmen (Plakate, Flugblätter, Stand- und Strassenaktionen) wurden von den Stützpunkten im Allgemeinen erfolgreich durchgezogen.

Broschüren

Neue Titel:

- «10 Jahre nach dem EWR-Nein: Eine Standortbestimmung mit Ausblick», von Christoph Blocher (Versand in alle schweizerischen Haushaltungen)
- Diverse Flugblätter und Kurzargumentationen gegen den UNO-Beitritt, die Solidaritätsstiftung und die Asylinitiative
- Neuer Werbeprospekt der AUNS («Kein Beitritt zur EU»).

Als Neuauflage wurde gedruckt:

- «Gedanken zum Schweizerischen Nein» von Prof. Dr. Christoph Mörgeli, Nationalrat.

3. Schlusswort

Die AUNS steht am Ende des Berichtsjahres als bedeutendste politische Kraft zur Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit und Neutralität mitten in einer Reihe von grossen Herausforderungen: Im Jahre 2002 hat die AUNS entscheidend dazu beigetragen, dass die erpresste Solidaritätsstiftung abgelehnt wurde. Der AUNS ist es massgeblich zu verdanken, dass der Bundesrat beim UNO-Abstimmungskampf weitgehende Versprechungen machen musste. Ebenso ist es ihr zu verdanken, dass bei der Abstimmung über die Asylinitiative ein Resultat erreicht wurde, das in Bundesbern zu weitgehenden Korrekturen führen muss.

Wir kämpfen für die zentralen Staatssäulen der Schweiz: für die Unabhängigkeit und die Neutralität. Wir kämpfen gegen den EU-Beitritt, und wir bekämpfen auch die «kleinen Schritte» (Zitat von Bundesrat Couchepin) auf diesem falschen Weg.

Der Auftrag der AUNS ist nach der knappen UNO-Niederlage noch entscheidender geworden. Wir haben künftig als einzige überparteiliche Lobby zur Wahrung der Unabhängigkeit und der Neutralität noch entschiedener anzutreten, denn die Freiheit, Souveränität und Selbstbestimmung sind gefährdeter denn je.